



ZWK
Zukunftswerkstatt
Kommunen



**NEUES AUS DER
ZUKUNFTSWERKSTATT
KOMMUNEN | NR. 2**

TRENDS IN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Neues aus dem Modellprojekt
„Zukunftswerkstatt Kommunen –
Attraktiv im Wandel“ (ZWK)

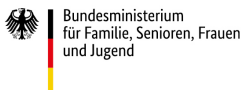
Neues aus der Zukunftswerkstatt Kommunen I Nr. 2

Arbeitspapier: Trends in der Bürgerbeteiligung

Ergebnisse eines Treffens mit den Prozessbegleitungen der
Zukunftswerkstatt Kommunen

Prof. Dr. Martina Wegner

Gefördert vom:



Ein Projekt von:





Inhalt

Neues aus der Zukunftswerkstatt Kommunen I Nr. 2

Arbeitspapier: Trends in der Bürgerbeteiligung

Hintergrund	3
Trend Nr. 1: Was tun bei Beteiligungsmüdigkeit?	5
Trend Nr. 2: Die Ansprache von Jugendlichen	8
Trend Nr. 3: Vermeidung von Enttäuschungen bei der Bürgerbeteiligung	10



Neues aus der Zukunftswerkstatt Kommunen I Nr. 2

Arbeitspapier: Trends in der Bürgerbeteiligung

Im Rahmen des Modellprojektes „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ (ZWK) entstehen Arbeitspapiere und Ergebnisse, die in unregelmäßigen Abständen unter dem Titel „Neues aus der Zukunftswerkstatt“ veröffentlicht werden. Das hier vorliegende Papier gründet auf aktuellen Erfahrungen, die wir während eines Treffens mit den Prozessbegleitungen, die die an der ZWK teilnehmenden Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Demografiestrategie beraten und unterstützen, diskutiert haben. Bürgerbeteiligung ist ein Thema, das die Kommunen nicht nur im Rahmen der ZWK beschäftigt, sondern seit einigen Jahren zunehmend als Baustein von Förderprojekten eingefordert wird. Die Kommunen sind in der Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen auf einem sehr unterschiedlichen Stand. So gibt es Kommunen, die seit Jahrzehnten eine etablierte Beteiligungskultur haben, aber diese immer noch weiterentwickeln. Beispiele sind, um nur zwei zu nennen, Weyarn in Bayern, das Bürgerbeteiligung in die Gemeindefestsetzung aufgenommen hat, oder aber die Stadt Bonn, die 2014 verbindliche Leitlinien zur Bürgerbeteiligung eingeführt und mit entsprechenden Strukturen hinterlegt hat. Und dann gibt es eine große Anzahl von Kommunen, die gerade versuchen, den richtigen Zugang und Zuschnitt für sich zu finden.

Hintergrund

Bürgerbeteiligung findet auf verschiedenen politischen Ebenen statt. So hat die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag ausgeführt, dass eine in ihren Meinungen vielfältiger und widersprüchlicher gewordene Gesellschaft erfordert, dass „die unterschiedlichen Stimmen in unserem Land gleichberechtigt Gehör finden“, um Gemeinsinn, Solidarität und Zusammenhalt neu zu bestimmen (S. 7). Die neue Kultur der Zusammenarbeit solle dabei „auch aus der Kraft der Zivilgesellschaft heraus gespeist“ werden (S. 8). Und nicht zuletzt sollen neue Formen des Bürgerdialogs, d.h. Bürgerräte, zu konkreten Fragestellungen eingesetzt werden, die repräsentativ besetzt werden sollen (S. 10).

In der Tat haben seit 2019 sieben Bürgerräte auf nationaler Ebene stattgefunden. Aber auch auf Länderebene tut sich viel, gerade in Baden-Württemberg, wo ein sehr gut strukturierter Bürgerrat online zum Thema „Corona“ stattfand. Auch auf lokaler Ebene entstehen immer mehr Bürgerräte. Vieles über deren Organisation und deren Ziele findet sich auf der Homepage www.buergerrat.de. Aber auch über Beteiligungsverfahren in anderen Ländern wird dort berichtet.

Darüber hinaus werden die Bürgerinnen und Bürger vor Ort immer wieder eingeladen und befragt, wenn es um neue Projekte geht, zu denen sie beitragen und somit die Kommune mitgestalten können. Das kann in temporären Arbeitsgruppen sein oder aber auch in Bürger*innenversammlungen, Zukunftswerkstätten etc.



Begriffe verschwimmen

Beteiligung und Partizipation bzw. bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind Begriffe, die gegeneinander abgegrenzt werden können, aber in der Praxis zunehmend in ihrem Bedeutungsgehalt verschwimmen. So werden die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, um in einer Bürger*innenversammlung ihre Meinung zu bestimmten Vorhaben zu äußern oder Ideen einzubringen. Dass dies jedoch mit der Aufforderung zur Mitwirkung an der Umsetzung neuer Projekte einhergeht, ist ihnen nicht bewusst oder wird ihnen nicht klar kommuniziert. So kann es sein, dass es um die Gestaltung der Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren geht, für die auf einer Einwohnendenveranstaltung Ideen erbeten werden – und sich im Anschluss an die Veranstaltung Freiwillige melden sollen, da für das vorgeschlagene Erzählcafé auch ein ehrenamtliches Organisationsteam gesucht wird.

Grundsätzlich soll es bei Bürger*innenbeteiligungs- bzw. Partizipationsprozessen zunächst darum gehen, dass die Bürgerinnen und Bürger in die (politischen) Entscheidungen einbezogen werden und ihre Vorstellungen und Ideen gehört werden. Das kann in sehr unterschiedlichen Formaten geschehen, zum Beispiel im Gemeinderat oder in verschiedenen Arbeitsgruppen oder Ausschüssen zu bestimmten Themen, durch das Offenlegen von Plänen im Planfeststellungsverfahren, aber auch bei Bürgerversammlungen. In diesem Kontext bieten die verschiedenen Stufen der Partizipation, wie sie in der Fachliteratur beschrieben werden, einen guten Hinweis.

Ein bürgerschaftliches Engagement oder Ehrenamt kann in vielen Feldern wahrgenommen werden. Sicher gehört hier auch die Politik als ein Feld dazu, aber es gibt zahlreiche Ehrenämter und Engagementmöglichkeiten in der Wohlfahrt, im Sport, bei den Rettungsdiensten usw. sowie in den vielen ökologischen oder gesellschaftlichen Initiativen, vom Urban Gardening bis zum Repaircafé, wo Ehrenamtliche gesucht werden.

Die Stiftung Mitarbeit hat das Thema der Verbindung zwischen Partizipation und Ehrenamt aufgenommen und bietet zudem mehrere Arbeitshilfen zu dem Thema an. Aber auch wenn diese Bereiche sich verschränken, ist es absolut erforderlich, die jeweiligen Prozesse und den Umgang damit auseinanderzuhalten, da sie unterschiedliche Ziele verfolgen, die den Bürgerinnen und Bürgern klar mitgeteilt werden müssen, um Missverständnissen vorzubeugen.

Im Nachfolgenden soll es um aktuelle Trends der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gehen.



Aktuelle Trends

Wie eingangs dargestellt, wurden in einem Workshop aus der Beratung von 40 Kommunen des Modellprojektes „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ (ZWK) aktuelle Trends beschrieben, von denen hier drei herausgegriffen werden sollen. Zum einen soll es um **Beteiligungsmüdigkeit** gehen, d.h. wenn in einer Kommune schon einige Partizipationsprozesse stattgefunden haben und die Bürgerinnen und Bürger nur noch schwer gewonnen werden können. Ein zweiter Trend ist die **Ansprache von Jugendlichen**, die in vielen Kommunen als besonders wichtig angesehen wird, weil es hier um die Menschen geht, die zukünftig dort leben werden. Jugendbeteiligung ist grundsätzlich ein eigenes Thema, über das auch schon viel geschrieben wurde. Hier soll es um praktische aktuelle Erfahrungen und Tipps gehen, die an der einen oder anderen Stelle die verfügbare Literatur ergänzen können. Und ein dritter Trend handelt davon, welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit es bei den Bürgerinnen und Bürgern **im Laufe des Beteiligungsprozesses nicht zu Enttäuschung kommt**, die dazu führen kann, dass sie sich wieder aus dem kommunalen Geschehen zurückziehen.

Trend Nr. 1: Was tun bei Beteiligungsmüdigkeit?

Worum geht es?

Aufgrund einer Reihe von Förderprojekten, die Beteiligungsformate vorsehen, werden die Bürgerinnen und Bürger in kürzer werdenden Abständen um ihre Meinung gefragt. Oft sind diese Beteiligungsformate der Auftakt für ein Projekt, das die Bürgerinnen und Bürger mit der Zeit aus den Augen verlieren, und in der Folge können sie in der Beteiligung keinen Sinn erkennen. Und häufig verläuft der Beteiligungsprozess auch tatsächlich im Sand, vor allem wenn er nur ein Kriterium darstellt, das mehr oder weniger nur pro forma im Laufe eines Projekts abgehakt wird. So kann in den Kommunen eine Beteiligungsmüdigkeit entstehen, die darin mündet, dass die Bürgerinnen und Bürger sich darauf zurückziehen, dass erst mal die Projekte umzusetzen seien, die schon besprochen wurden.

Philipp Ruhstorfer, der Prozessbegleiter der ZWK, formuliert es so:

„In vielen Kommunen laufen unterschiedliche räumliche und inhaltliche Entwicklungsprozesse, die auf Projekten aus Förderstrategien und kommunalen Entwicklungskonzepten entstehen (Regionales Entwicklungskonzept, Integriertes Stadtentwicklungskonzept, Quartierskonzept, Engagierte Stadt, Sozialraumanalysen etc.). Es zeigt sich, dass solche Prozesse auch zeitlich parallel und sich inhaltlich überschneidend stattfinden. Diese Beteiligungsprozesse sind durchaus wichtige Bausteine, um Entwicklungsprozesse und deren Ergebnisse passfähig, bürgernah und akzeptiert zu gestalten. Die Anzahl von Veranstaltungen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat jedoch zugenommen und die teilnehmende Zielgruppe ist oftmals gleich geblieben. So finden sich Akteurinnen und Akteure wiederholt in Beteiligungsformaten wieder, die im schlimmsten Falle ähnliche Fragestellungen in den Veranstaltungen beantwortet haben wollen: Welche



Stärken machen Ihre Kommune aus, welche Ideen haben Sie zur Gestaltung der kommunalen Zukunft etc.? Wenn die thematische Nähe zu groß ist, gibt es – berechtigterweise – Unverständnis oder Unmut gegenüber den Veranstaltungen, die zu Beteiligungsmüdigkeit führen können. Im schlimmsten Fall führt dies zu leeren Formaten oder ‚genervten Beteiligten‘.“

Nachfolgend werden einige Beispiele genannt, die Lösungsmöglichkeiten bieten.

Was tun, wenn die Gefahr von Beteiligungsmüdigkeit droht? Überlegungen und Lösungen aus den ZWK-Kommunen

Eine grundsätzliche Überlegung geht dahin, dass man für eine Bürger*innenbeteiligung keine neuen Termine schafft, sondern dafür an ein bestehendes Format andockt. Das bedeutet praktisch, dass, wenn zum Beispiel ein Demografiethema im ländlichen Raum mit verschiedenen Akteursgruppen besprochen werden soll, hierfür zum Beispiel ein Treffen der Landfrauen oder ein Treffen der Feuerwehr genutzt wird, das sowieso stattfindet. Auch ein Wochenmarkt oder ein Jahresfest stellen gute Gelegenheiten dar. Das ist für die Organisatorinnen und Organisatoren aufwendiger, weil u.U. mehrere Termine entstehen, die sonst bei einer klassischen Bürger*innenbeteiligung mit einem Termin erledigt werden. Der große Vorteil ist aber, dass die Hürde für die Teilnehmenden gering ist. Zudem entstehen Wahrnehmung und Wertschätzung für die jeweilige Gruppe und eine höhere Bereitschaft zur Mitwirkung oder Kooperation. Das wurde zum Beispiel in der Kommune Vrees erfolgreich erprobt.

Manchmal wirkt auch eine neue oder originelle Form der Ansprache. In der Kommune Oldendorf-Himmelpforten wurden bei einer Bürger*innenversammlung Bierdeckel auf den Tisch gelegt, auf denen die Teilnehmenden Platz für Ideen oder Kommentare hatten und während der Veranstaltung ihre Ideen verschriftlichen konnten. Diese Kommentare und Ideen wurden nach der Veranstaltung gesammelt und veröffentlicht. Der Vorteil ist hier, dass Menschen schreiben und teilnehmen können, ohne zu stark in der Öffentlichkeit zu stehen und unter deren Druck agieren zu müssen. Die Kommentare wurden im beschriebenen Fall anonym veröffentlicht, sodass die Teilnehmenden eine geringere Teilhabebarriere hatten. So können auch Zielgruppen erreicht werden, die weniger daran gewöhnt sind bzw. sich scheuen, sich öffentlich zu präsentieren.

Ein weiteres Beispiel ist die mobile Zukunftswerkstatt, die in der ZWK-Kommune Barleben entwickelt wurde. Als offenes und flexibles Veranstaltungsformat ermöglicht sie Zugänge und Diskussionen, ohne dass die Zielgruppen sich selbst auf den Weg zu einer Veranstaltung wie einer Zukunftswerkstatt machen müssen. Zudem findet das Format in der eigenen Umgebung der Zielgruppe statt, in der sich die Menschen sicher fühlen und die anderen Teilnehmenden bekannt sind. Ziel der Methode ist es, in einer informellen Atmosphäre Gruppen in intensive Gespräche, Diskussionen und Ideenfindungen zu einer gemeinsamen Herausforderung zu bringen. Auf diese Weise können das kollektive Wissen und die kollektive Intelligenz der Gruppe genutzt werden, um Probleme zu definieren, Anforderungen zu ermitteln und neue Lösungsideen für komplexe



Themen zu erarbeiten. Darüber hinaus können auch Einzelpersonen für diesen Prozess spontan angesprochen werden – zum Beispiel in einer Fußgängerzone oder vor einem Supermarkt. Auf diese Weise können Personen in die Zukunftswerkstatt eingebunden werden, die über andere Prozesse nicht oder nur schwer erreicht werden können. Auf der Homepage der ZWK ist die Umsetzung einer solchen mobilen Zukunftswerkstatt genau beschrieben.

In Marktredwitz begann der neue Ansatz mit einer großen Herausforderung: Als die Gemeinde zur Mitgestaltung eingeladen hatte, zeigte sich wenig Interesse. Daraufhin war die Überlegung, dass man den Menschen zeigen muss, was Gemeinschaft bedeuten kann und wie lohnend es ist mitzumachen. Unter dem Titel „Gemeinsam statt einsam“ wurden Menschen zu kleinen gemeinsamen Aktivitäten (Sport, Kochen etc.) eingeladen, um so ein Gemeinschaftsgefühl herzustellen und dann auch über gemeinsame Aktivitäten für die Kommune nachdenken zu können. Dieser Ansatz wurde von den Bürgerinnen und Bürgern gerne aufgenommen und wird seitens der Kommune weiterverfolgt.

Das sind nur einige Beispiele, aber sie zeigen, dass es neue Wege gibt – oder zumindest die Anpassung von Bekanntem, um neue Gruppen mit neuen Methoden anzusprechen und zum Mitmachen zu motivieren.



Trend Nr. 2: Die Ansprache von Jugendlichen

Worum geht es?

In vielen Fällen versuchen die Kommunen, soziale Medien zu nutzen, um junge Menschen für die Mitgestaltung kommunaler Prozesse zu gewinnen, weil häufig suggeriert wird, dass dies der maßgebliche Zugang zu dieser Personengruppe sei. Soziale Medien erfordern eine aufwendige Pflege und große Schnelligkeit in der Umsetzung, sodass dies in Zeiten des Fachkräftemangels Ressourcen bindet, die häufig noch nicht einmal vorhanden sind. Zudem stellt sich die Frage, wie man hier zu einem möglichst hohen Wirkungsgrad kommt, da die Aufmerksamkeitsspanne der Jugendlichen kontinuierlich sinkt. Der ZWK-Prozessbegleiter Philipp Ruhstorfer hält die Beteiligung von Jugendlichen für umso komplizierter, weil es „die Beteiligung von Jugendlichen nicht per se gibt. Diese Zielgruppe ist ja durchaus heterogen. Die Erreichbarkeit ist aktuell eine große Herausforderung. Ein weiteres Problem besteht darin, dass bei Jugendlichen die Umsetzung für Projekte eigentlich noch schneller erfolgen muss, weil sie dem Projekt oder der Kommune ggf. „entwachsen“.

Welche alternativen Formen der Ansprache gibt es, um Jugendliche zielgerichtet zu erreichen?

Wie erreicht man Jugendliche? Überlegungen und Lösungen aus den ZWK-Kommunen

Aus der ZWK-Kommune Vrees wird berichtet, dass die Befragung im Zeltlager durchgeführt wurde, d.h. die Teilnehmenden konnten sich der Mitwirkung an der Umfrage nicht entziehen. Die Jugendarbeit ist in kirchlicher Trägerschaft. Die Fragen für die Jugendlichen wurden im Vorfeld mit den Teamern/Betreuerinnen und Betreuern entwickelt und die Ergebnisse der Umfrage in einem Workshop den Teamern auch zurückgespiegelt. Das wurde gerne aufgegriffen und Formate, Konzepte etc. sollen auf dieser Grundlage weiterentwickelt werden.

In Romrod weist man darauf hin, dass es wichtig ist, Workshops mit Jugendlichen mit dem passenden Essensangebot zu verbinden (z.B. Pizza, Burger). Neben dem Essensangebot waren auch die Themen des Workshops klar auf die Interessen der Jugendlichen zugeschnitten: Freizeit, Mobilität sowie Schule und Ausbildung. Ähnliche Erfahrungen bezüglich der kulinarischen Vorlieben der Zielgruppe wurden auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim gemacht.

Einen sehr strukturierten Ansatz hat der Landkreis Rostock verfolgt: Bei einer Jugendkonferenz in Teterow (Zielgruppe 11–27 Jahre) startete man mit einer Sternfahrt zum Veranstaltungsort. Im Bus befragten sich die Schülerinnen und Schüler gegenseitig zu bestimmten Themen, dann gab es einen Wechsel zur nächsten Person. Beim Aussteigen wurden alle Notizen gesammelt, zusammengestellt und in zwei unterschiedlichen Workshops ausgewertet. Einmal diente ein Workshop für die Vorbereitung einer Podiumsdiskussion mit Politikerinnen und Politikern, der zweite Workshop hatte die Entwicklung von Prototypen (z.B. ein reales Gebäude für einen Jugendtreff) für die kommunale Jugendarbeit zum Inhalt. Auf der Rückfahrt hatten die Jugendlichen die Möglichkeit,



über ein Online-Tool Feedback zur Jugendkonferenz zu geben. Zum Beispiel war eine Frage, ob sie ihren Freundinnen und Freunden von der Veranstaltung erzählen würden. Die Konferenz fand an einem Samstag statt und war somit keine Pflichtveranstaltung. Dennoch war das Interesse an der Veranstaltung sehr groß. Werbung dafür aber über multiple Kanäle gemacht.

Das ausführliche Konzept zu dieser Veranstaltung zeigt, dass solche Veranstaltungen durchaus voraussetzungsreich sind – und eine detaillierte Vorbereitung auch ihren Erfolg begründet. Für Kommunen ist das aus eigener Kraft kaum zu stemmen – es gibt hochprofessionelle Organisationen für solche Veranstaltungen. Im Vergleich zu einer 100%Stelle für einen Social Media Professional ist die Ausgabe dafür sicher gerechtfertigt.

Die Prozessbegleitungen sind sich einig, dass gerade bei Jugendlichen digitale Ansprache weniger bringt als persönliche und das bedeute, dass man dorthin gehen müsse, wo die Jugendlichen sind. Daher gab es in einem Landkreis auch die Überlegung, im Schulbus mitzufahren und die Jugendlichen dort zu befragen.



Trend Nr. 3: Vermeidung von Enttäuschungen bei der Bürgerbeteiligung

Worum geht es?

Wenn Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden, um ihre Meinung kundzutun, haben sie die Erwartung, dass die Konsequenzen aus diesem Treffen schnell sichtbar werden. Es entsteht oft eine falsche Erwartungshaltung, weil die Aufgabe oder das Ziel der Veranstaltung nicht klar kommuniziert wird.

Wichtig ist, so die Prozessbegleiterin Franziska Lehmann, dass es überhaupt etwas zu entscheiden gibt. Wenn es um Planungen geht, bei denen gesetzliche Vorschriften eingehalten werden müssen, macht es keinen Sinn, diese im Rahmen einer Bürgerbeteiligung zu diskutieren.

Laut Prozessbegleiter Philipp Ruhstorfer entsteht Beteiligungsenttäuschung vor allem durch fehlende oder langwierige Umsetzungszeiträume. Projekte oder Ideen, die im Rahmen von Beteiligungsveranstaltungen entwickelt werden und gar nicht oder zu spät umgesetzt werden, führen unweigerlich zu einer Beteiligungsenttäuschung. Durch die Komplexität der Herausforderungen in kommunalen Entwicklungsprozessen ist eine Zunahme der Realisierungszeiträume zu beobachten, die dann eben zu einer Beteiligungsenttäuschung führen kann. Auch die Nichtumsetzung durch rechtliche Einschränkungen (DSGVO, Kommunalrecht) oder mangelnde personelle bzw. finanzielle Ressourcen der Kommunen verstärken eine Beteiligungsenttäuschung. Die Teilnehmenden verstehen nicht, warum sie ein weiteres Mal zu einer solchen Veranstaltung gehen sollen, wenn diese folgenlos bleibt.

Ganz wichtig ist also eine klare Kommunikation des Ziels der Beteiligung (warum macht man was), des Zeitrahmens des Projektes (z.B. angelegt auf ein Jahr), des Spielraums für die Beteiligten und um was für Veranstaltungen es sich handelt (z.B. reine Infoveranstaltung). In jedem Fall müssen der Mehrwert der Teilnahme mitkommuniziert bzw. klare Arbeitsaufträge verteilt werden. Das schnelle Umsetzen kleiner Projekte, um bei den Teilnehmenden durch erste Ergebnisse ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu erzeugen, kann starke Motivationskraft entfalten.

Wie kann man Beteiligungsenttäuschung vermeiden? Überlegungen und Lösungen aus den ZWK-Kommunen

Ein gutes Beispiel aus Bremerhaven bezieht sich auf die Beteiligung älterer migrantischer Frauen, d.h. eine schwer zu erreichende Zielgruppe, mit der eine Zukunftswerkstatt an ihrem regelmäßigen Treffpunkt durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden im Nachhinein in den Räumlichkeiten zweisprachig, wenig textlastig und anschaulich präsentiert, um eine Rückmeldung zu geben und zu zeigen, dass die Themen aufgenommen wurden. Allerdings, so der Verantwortliche in der Kommune, ist „die Kür aber, etwas folgen zu lassen“. Bei anderen Zukunftswerkstätten im Rahmen des Projekts wurden die Mailadressen der Beteiligten erfasst und die Ergebnisse rückgemeldet und teilweise auch über die Leitungsebene beteiligter Organisationen gestreut.



Fazit

Gerade in Zeiten von vielfältigen Krisen und in Zeiten der Verunsicherung sind Beteiligungsprozesse ein Pfeiler zur Stärkung der Demokratie. Positiv zu vermerken ist, dass die Kommunen wissen oder gerade lernen, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Gestaltung der Kommune unerlässlich sind. Im Bereich der Partizipationsprozesse ist vieles im Fluss: Zielgruppen, Methoden und Formate werden überdacht und neu gedacht. Überall entstehen neue und gute Ideen, auf die man zurückgreifen kann.

Auch vor diesem Hintergrund hat eine professionelle Beratung viele Vorteile. Zum einen, weil die Beratungen einen großen Instrumentenkoffer an der Hand haben und aus Erfahrung wissen, wann welche Methode Erfolg verspricht. Zum anderen ist ein Externer eine neutrale, unparteiische Person und nicht zuletzt kann sich die Kommune durch Beratung auch personell verstärken.

Zum Schluss ein Plädoyer fürs Ausprobieren. Wenn wir eine Zielgruppe mit einem Ansatz nicht erreichen oder ein Format nicht trägt, dann haken wir das als Erfahrung ab und suchen eine andere Lösung – so wie wir das auch in dem Beispiel zur Beteiligungsmüdigkeit gesehen haben. Kommunen sind auch Experimentierfelder: Man muss den Mut haben, einen Weg auszuprobieren, diesen aber auch wieder zu verlassen, wenn er sich nicht als zielführend erweist. Das bedeutet Lernen – und das kann den Bürgerinnen und Bürgern auch kommuniziert werden.

Wichtig sind bei alldem Konsequenz und Systematik: Bürgerbeteiligung ist kein Selbstläufer, sondern ein wichtiges Aufgabenfeld.



Zur Vertiefung

Koalitionsvertrag der Bundesregierung unter

<https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>

Infos zu Bürgerräten auf allen politischen Ebenen: www.buergerrat.de

Vortrag von Klaus Selle zu einer glaubwürdigen Partizipation

https://www.mitarbeit.de/veranstaltungen/rueckblick/weitere_veranstaltungen/online_vortrag_selle_2020/

Katharina Kühnel-Cebeci: *44 Ideen für gute Nachbarschaft. Ein Werkzeugkoffer für alle, die Nachbarschaften aktiv mitgestalten wollen.* Bonn 2022, Arbeitshilfen für Selbsthilfe und Bürgerinitiativen Nr. 55, Verlag Stiftung Mitarbeit

Beispiel Mobile Zukunftswerkstatt:

<https://www.zukunftswerkstatt-kommunen.de/werkzeugkoffer/Buergerbeteiligung/Mobile%20Zukunftswerkstatt>

Beispiel „Bürgerbeteiligung“

<https://www.zukunftswerkstatt-kommunen.de/projekt/aktuelles/m/romrod-zukunftswerkstatt>

Beispiel „Mobile Zukunftswerkstatt“

https://www.zukunftswerkstatt-kommunen.de/werkzeugkoffer/Gesundheit_und_Pflege/Mobile%20Zukunftswerkstatt

Beispiel „Gemeinsam statt einsam“ in Marktredwitz

<https://www.zukunftswerkstatt-kommunen.de/projekt/aktuelles/m/kochbegegnung-marktredwitz>

Beispiel „Jugendkonferenz“ im Landkreis Rostock

<https://www.landkreis-rostock.de/de/meldung/jugendkonferenz-in-teterow-bringt-junge-menschen-zusammen.html>



Über die ZWK

Der demografische Wandel fordert die Kommunen heraus: Um für alle Generationen in allen Lebensphasen und auch als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben oder attraktiver zu werden, sind insbesondere in strukturschwachen Regionen innovative Lösungen vor Ort gefragt. Das bundesweite Modellprojekt „Zukunftswerkstatt Kommunen“ unterstützt die teilnehmenden Kommunen dabei, diese Lösungen zu finden und Strategien zu entwickeln, die den Themenbereich Integration mitabdecken und alle Altersgruppen berücksichtigen. Die ZWK wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Geschäftsstelle ist im Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. angesiedelt.

Das Besondere an der ZWK: Die Kommunen entwickeln ihre individuellen Demografiestrategien mit Unterstützung eines erfahrenen Netzwerks und im Rahmen einer Fünf-Stufen-Systematik, die es ermöglicht, Bürgerinnen und Bürger vor Ort gezielt miteinzubinden.

Die ZWK unterstützt den Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch durch vielfältige Formate. Dazu gehören der Werkzeugkoffer auf der Website mit Methoden, Konzepten und übertragbaren Best-Practice-Dokumentationen ebenso wie der jährlich zu unterschiedlichen Themen stattfindende Fachdiskurs. Ausführliche Informationen sind unter www.zukunftswerkstatt-kommunen.de zu finden. Dort ist auch die Demografie-Assistenz für kommunale Strategien (DAKS) integriert, ein interaktives digitales Tool, das durch die einzelnen Schritte der Fünf-Stufen-Systematik führt. Das Tool steht allen deutschsprachigen Kommunen kostenfrei zur Verfügung.



Impressum

Herausgeber:

Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V.

Geschäftsführung: Sabine Mellies | Romy Stühmeier

Am Stadtholz 24, 33609 Bielefeld

Tel.: + 49 521 106 7322

info @ kompetenzz.de

www.kompetenzz.de

Vereinsregister Nr. 3811, Amtsgericht Bielefeld

UST-IDNr. / VAT DE215 430 356

© Bielefeld im November 2023

Verfasserin:

Prof. Dr. Martina Wegner, Hochschule München

Realisation:

Christiane Knirsch, Leitung der Geschäftsstelle ZWK

Christina Haaf, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Geschäftsstelle ZWK

Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V.

Bilder:

Titel © ZWK, Fotografie Dimitrie Harder

Rücktitel © Landkreis Rostock

Rücktitel © ZWK, Fotografie Alexander Liebing

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Ein Projekt von:

kompetenzz

